



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 8. Februar 1888.

Nr. 66.

Deutscher Reichstag.

31. Plenarsitzung vom 7. Februar.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Tagesordnung:

1) Mündliche Berichte der Kommission für die Geschäftsordnung betreffend die Frage über die Fortdauer der Mandate des zum Geheimen Oberjustizrath ernannten Abg. Sars (kons.), des zum Geheimen Ober-Regierungsrath ernannten Abg. Dr. v. Seydebrand und der Lasa (kons.) und des Abg. Weirauch (kons.), welchem der Rang eines Rathes zweiter Klasse verliehen worden.

Das Haus tritt ohne Diskussion dem Antrag seiner Kommission bei, sämtliche Mandate für nicht erloschen zu erklären.

Es folgt die zweite Beratung des von den Abgg. Graf v. Behr-Dehrenhoff (Reichspartei), Dr. v. Bennigsen (nat.-lib.) und v. Hellendorff (kons.) eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung des Artikels 24 der Reichsverfassung (Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre).

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) betont, daß trotz der erfreulichen Erklärung des Staatssekretärs von Bötticher, es sei keinerlei Gutachten eines Universitätsprofessors hinsichtlich einer ohne Zututhen des Reichstages vorzunehmenden Verfassungsänderung eingeholt worden, doch noch die sich in der Richtung einer Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts bewegendem Auslassungen des Ministers v. Puttkamer, sowie die diesbezüglichen Ausführungen des Abg. v. Hellendorff unbeanstandet geblieben seien. Die ganze Situation mache den Eindruck, als ob wir einem Konflikt entgegengingen und es sei um so bedauerlicher, daß derselbe Reichstag, welcher sieben dem Volke so schwere Opfer auferlegt habe, nun die Hand dazu biete, die Rechte des Volkes zu schmälern.

Abg. v. Kardorff (Reichspartei) verweist den Redner auf den hervorragenden Antheil, welchen dessen Partei an der Reform der indirekten Steuern gehabt und weist sodann den Vorwurf, daß es sich bei dem vorliegenden Antrag um einen Angriff auf die Rechte des Volkes handle, als völlig unbegründet zurück. Redner wendet sich sodann zu einer Polemik gegen den Abg. Bamberger und giebt bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck, daß derselbe in der Währungsfrage eine eben solche Schwankung machen werde, wie in der Frage der Verlängerung der Legislaturperiode. (Heiterkeit.) Am Schluß einer weiteren gegen den Abg. Windthorst gerichteten Polemik erklärt Redner nochmals, wie bereits bei der ersten Lesung die Redner der Kartellparteien, daß zwischen den letzteren keinerlei weitergehende Abmachungen erfolgt seien; wäre das indessen der Fall gewesen, so würde der Abgeordnete Windthorst der letzte sein, den man hiervon in Kenntniß gesetzt hätte. (Heiterkeit.)

Abg. Ricker (freis.) weist auf die wahre Absicht des Antrages hin, welche in dem Schlußworte des Herrn v. Hellendorff klar geworden sei; es handle sich in der That um eine Verminderung der Volksrechte. Wenn auch Herr v. Bennigsen die Absicht habe, das allgemeine direkte Wahlrecht nicht anzutasten, so sei es doch sehr zweifelhaft, ob er diese seine Absicht werde durchführen können. Die Konservativen rechneten, wenn sie im Reichstage die Mehrheit hätten, auf fünfjährige Ausnutzung derselben, im anderen Falle auf Auflösung. Gestern sei hier ein Beschluß gefaßt worden, der auf die militärische Stärkung des Reiches abzielt; das genüge aber nicht, wenn man das Volk nicht auch geistig und politisch stark mache.

Abg. v. Hellendorff-Breda (kons.) tritt den Ausführungen des Redners entgegen, indem er wiederholt, daß der vorliegende Antrag lediglich ein Zweckmäßigkeitsantrag sei und die Tendenz habe, der Wahlagitation zu steuern, da nicht die deutsche Bildung so herabwindere wie die erbitterten Wahlkämpfe. Nicht um eine Beseitigung des Druckes der Wahlbeeinflussung seitens der Vertreter der Autorität, über welche der Redner in so ausgiebiger Weise gellagt habe, vielmehr handle es sich in den Kreisen der Bevölkerung, auf die Herr Ricker durch die Wahl erzehlich wirken wolle, vielfach um die Beseitigung des Druckes der Agitation (Sehr richtig! rechts).

einer Agitation, welche jede sachliche und vernünftige Behandlung der Dinge unmöglich mache. Der Redner sei nun der Meinung, daß er den Konservativen das Eintreten für eine Verlängerung der Legislaturperiode nicht verdenke und darin habe der Abg. Ricker ganz Recht, denn der Standpunkt der Antragsteller sei ein sehr einfacher. Es komme denselben aber durchaus nicht in erster Linie darauf an, das formelle Recht des Wählers möglichst häufig auszuüben, sondern auf die Thatsache, daß das Land gut und zweckmäßig regiert werde und zwar habe er hier nicht allein die Regierung im Auge, sondern die gemeinsame Thätigkeit der Regierung und des Reichstages. Was seine (des Redners) Aeußerung über die „Vernichtung der Autorität“ anlangt, welche der Abg. Ricker angezogen habe, so sei dieselbe gänzlich mißverstanden worden: er (Redner) habe die Vernichtung der Autorität durch die Agitation im Auge gehabt. Außer dieser an die Adresse des Abg. Ricker gerichteten Beseitigung müsse er auch noch einer Aeußerung des Abg. Windthorst entgegen treten. Derselbe habe wiederum seine (des Redners) Stellung zu der Frage des allgemeinen direkten Wahlrechts zur Sprache gebracht. In dieser Hinsicht müsse er doch darauf hinweisen, daß er bereits bei der ersten Lesung die bestimmte Erklärung abgegeben, daß über diesen Punkt keinerlei Abmachungen existirten und daß innerhalb der konservativen Partei dieser ganzen Angelegenheit seit Jahr und Tag mit keiner Silbe gedacht worden sei; eine positivere Erklärung könne er doch unmöglich abgeben. (Sehr wahr! rechts.) Er könne in der That nicht begreifen, wie der Abg. Windthorst dazu komme, noch weitere Erklärungen zu fordern. Verlange er etwa, daß die konservative Partei die Erklärung abgebe, nun und nimmer und unter keinen Umständen an eine Aenderung des Wahlrechtes zu denken? Das wäre ungefähr dasselbe, als wenn er (Redner) von dem Abg. Windthorst verlangen wollte, derselbe solle sich durch eine bindende Erklärung verpflichten, niemals einen Schritt zur Wiederherstellung des Königreichs Hannover unternehmen zu wollen. (Sehr gut! rechts.) Im übrigen sei in dieser Sache nichts Neues mehr zu sagen. Wer die Agitation wolle, der werde gegen den Antrag stimmen; das seien also die Sozialdemokraten und die Herren vom Freisinn. (Widerspruch links.) Diejenigen aber, welche für eine ruhige Entwicklung der Verhältnisse eintreten, würden für den Antrag stimmen, der im Interesse des wahren Volkwohles gestellt worden sei. (Bravo! rechts.)

Nachdem sodann Abg. Dr. v. Marquardsen (nat.-lib.) gegenüber den Angriffen des Abgeordneten Ricker erklärt, daß die Frage der Dauer der Legislaturperiode innerhalb der nationalliberalen Partei stets als eine Zweckmäßigkeitsfrage betrachtet worden sei und daß ein Eintreten für fünfjährige Legislaturperiode sehr wohl mit politischer Freiheit verträglich sei und nachdem Abg. Dr. Hänel (freis.) in einem breiten staatsrechtlichen Expose die Opportunitätsgründe der Antragsteller zu entkräften gesucht und unter Bezugnahme auf die gestern stattgehabten Verhandlungen die Majorität aufgefordert, von ihrer Macht nicht einen solchen, die Volksrechte beeinträchtigenden Gebrauch zu machen, wird die Diskussion geschlossen und § 1 des Antrages, welcher die Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre ausspricht, mit 183 gegen 95 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen; für den Paragrafen stimmten geschlossen die Kartellparteien, während sich die Minorität aus dem Zentrum, dem Freisinn und den Sozialdemokraten zusammensetzte.

Nachdem ein Antrag des Abg. Ricker (freis.) auf gleichzeitige Entscheidung der Frage der Reichstagsdiäten nach kurzer Debatte mit großer Majorität abgelehnt worden, nimmt das Haus auch den § 2 an, nach welchem das Gesetz nach Ablauf der gegenwärtigen Session in Kraft treten soll.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.

Tagesordnung: Beratung der Anträge Lohren (Brottaxe) und Mundel (Entschädigung ungeschuldig Verurtheilter).

Schluß 4 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 7. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Tagesordnung:

Fortsetzung der Etats-Beratung (Etat des Finanzministeriums).

Abg. Dr. Wehr (freis.) betont die Nothwendigkeit, der Landwirtschaft durch praktische Maßnahmen zu Hülfe zu kommen, so durch Aufhebung des Identitäts-Nachweises. Der Herr Finanzminister habe der Angelegenheit bisher kühl gegenübergestanden. Die seitens der Vertreter des Wesens geltend gemachten Bedenken seien unbegründet; es liege kein durchschlagender Grund vor, den Wünschen der Landwirtschaft und des Handels im Osten die Berücksichtigung zu verweigern.

Finanzminister Dr. v. Scholz erwidert, es sei jetzt keine passende Gelegenheit, die vom Redner aufgeworfene Frage zu erörtern; wenn er jetzt auf dieselbe nicht eingehe, so bitte er, aus seinem Schweigen keine weitergehenden Schlüsse ziehen zu wollen. Er beschränke sich für jetzt nur auf die Erklärung, daß die Regierung keinerlei Gelegenheit veräußert habe, auch den östlichen Provinzen gegenüber ihren guten Willen zu betheiligen.

Abg. Freiherr v. Lyncker (deutschkons.) führt Beschwerde über die Wirkungen, welche die Bestimmungen der Kontingierung im Branntweinsteuergesetz gehabt; dieselben gefährdeten die Existenz der kleinen Branntweinbetriebe und auch bei der Ausführung des Gesetzes seien vielfach Fehler gemacht worden, welche die größten Katastrophen im Gefolge gehabt hätten.

Finanzminister Dr. v. Scholz erklärt, daß er sich auch bezüglich dieser Angelegenheit eine ausführlichere Antwort für eine gelegene Zeit vorbehalten. Indessen könne er doch die positive Versicherung abgeben, daß man im Reichstag und im Bundesrath gerade den Interessen der kleineren Brennereien die größte Berücksichtigung habe zuzuwenden wollen.

Nachdem Abg. Freiherr v. Minutgerode (deutschkons.) der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Frage der Aufhebung des Identitäts-Nachweises einen für den Osten der Monarchie günstigen Verlauf nehmen möge und

Abg. Dr. Meyer-Breslau die Schwierigkeiten betont, welche einer Lösung der Frage der Aufhebung des Identitäts-Nachweises aus den einander gegenüberstehenden materiellen Interessen erwachsen, erklärt

Finanzminister Dr. v. Scholz einer weiteren Ausführung des Abg. Dr. Wehr (freis.) gegenüber, daß die preussische Regierung in der Frage der Aufhebung des Identitäts-Nachweises nicht allein vorgehen könne, sondern an die Mitwirkung der verbündeten Regierungen gebunden sei.

Die weitere Debatte gestaltete sich zu einer Polemik zwischen den Abgg. v. Liederemann-Bomst (freis.) und Dr. Meyer-Breslau (deutschkons.) über die Wirkungen des jüngsten Branntweinsteuergesetzes, während der Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.) es als nicht angezeigt erklart, Fragen, die vor das Forum des deutschen Reichstages gehören, im preussischen Abgeordnetenhaus zu erörtern, und Abg. Knauer (deutschkons.) sich gegen die Aufhebung des Identitäts-Nachweises ausspricht.

Nachdem das Kapitel Finanzministerium bewilligt worden, giebt das Kapitel „Oberpräsidenten“ Veranlassung zu einer Debatte über die Gehälter der Oberbeamten, an welcher sich Abg. v. Douglas (freis.), Unterstaatssekretär von Meinede, Abg. von Meyer-Arnswalde (lib.) und Abg. von Raachhaupt (deutschkons.) betheiligen.

Das Kapitel wird genehmigt unter Abstrich der für einen Verwaltungs-Direktor in Düsseldorf geforderten 4500 Mark; die fortdauernden Ausgaben werden bewilligt, desgleichen die Positionen 480,000 Mark für Umbau des Schauspielhauses in Berlin und 84,000 Mark für den des Theaters in Kassel.

Der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung wird debattelos angenommen.

Beim Etat des Handelsministeriums beantragt Abg. Lieder (Zentrum) vollständige Veröffentlichung

der Berichte der preussischen Fabrik-Inspektoren, welcher Antrag an die Budget-Kommission verwiesen wird.

Schließlich wird der Etat für Handel und Gewerbe genehmigt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Antrag von Benda und Genossen auf Verlängerung der Legislatur-Perioden.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 7. Februar. Der Prinz und die Prinzessin Wilhelm wohnten heute Mittag der Trauung der einzigen Tochter des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Minister v. Puttkamer, mit dem Lieutenant und Adjutanten im Garde-Husaren-Regiment v. Chelius im Dom bei. Der Prinz in der Uniform der Garde-Husaren, begab sich zu Fuß vom Schlosse nach dem Dom, während die Prinzessin in einem Galawagen dorthin fuhr. Als die Braut vor dem mit einem Baldachin überdeckten Portal vorkuhr, kam ihr der Minister v. Puttkamer bis zur untersten Stufe entgegen; am Arm ihres Bräutigams betrat sie die Kirche. Der Domchor sang zu der Feier, die das weite Gotteshaus dicht gefüllt hatte.

Die Angelegenheit des Suezkanal-Vertrages hat endlich einen wichtigen Schritt vorwärts gethan. Laut Meldung aus Konstantinopel ist dort gestern ein kaiserliches Trade veröffentlicht worden, durch welches die Abänderungen der Konvention genehmigt werden. Es hat lange gedauert, bis dem Sultan dieser Entschluß abgesehen wurde. Nachdem dies gelungen, wird die Zustimmung der übrigen Mächte ohne allzugroße Schwierigkeiten zu erlangen sein. Bekanntlich hat nur Rußland ernsthafteres Bedenken erhoben.

Der zwischen Griechenland und Rumänien vorhandene gewisse diplomatische Konflikt, dessen Beilegung jüngst telegraphisch gemeldet wurde, hatte einen ähnlichen Ursprung wie der Florentiner Zwischenfall. Das Bulareser Tribunal hatte für die Hinterlassenschaft eines griechischen Unterthanen einen Kurator aufgestellt, wogegen der griechische Geschäftsträger in einer Note protestirte, welche einen Angriff gegen die Autorität der rumänischen Gerichtsbehörden zu enthalten schien. In dieser Beziehung hat nun der griechische Vertreter beruhigende Erklärungen abgegeben, und daraufhin hat die rumänische Regierung die Ernennung des Kurators rückgängig gemacht. Dies ist die Geschichte des diplomatischen Konflikts, mit welchem sich der offiziöse Telegraph mehrfach beschäftigt hat.

Hirschberg, 7. Februar. Am Sonnabend Abend von 8 Uhr an tobte längs des ganzen Riesengebirges ein orkanartiger Sturm, verbunden mit Schneefall und Schneestreiben, der den Verkehr zwischen den einzelnen Ortschaften des Thales für einige Stunden gänzlich aufhob. Schon am Nachmittage war das Schneestreiben so heftig, daß Gespanne, die von hier aus nach Schreiberhau fahren wollten, in Hermsdorf umkehrten und hierher zurückkamen. Fußgänger, die über Feld mußten, waren froh, wenn sie ein schützendes Obdach erreicht hatten. Den Höhepunkt erreichte das Unwetter zwischen 10 und 11 Uhr Nachts. Zu dieser Zeit tobte der Schneesturm mit einer solchen Heftigkeit, wie er in diesem Winter noch nicht beobachtet wurde. Selbst in den Straßen der Stadt konnte man kaum die Augen öffnen, weil man beständig in eine Schneewolke gehüllt war. Selbstverständlich hat auch der Eisenbahnverkehr dadurch vielfache Störungen erlitten. Auf der Gebirgsbahn verkehrten die Züge während des Tages nur mit Verspätungen von 10 bis 30 Minuten. Der Nachzug von Breslau traf fast zur fahrplanmäßigen Zeit hier ein, blieb aber dann kurz vor der Station Reibnitz im Schneesteden und konnte erst nach vielen Anstrengungen mit erheblicher Verspätung von dort abgelassen werden. An derselben Stelle blieb auch der um 11 Uhr Nachts hier fällige Personenzug aus Koblitz liegen und traf erst um 1 Uhr Nachts hier ein. Die Strecke Dittersbach-Glag war am Sonntag früh wegen Schneeverwehungen am Döhlenkopff-Tunnel ganz gesperrt. Die Strecke Hirschberg-Schneeberg war ebenfalls so verweht, daß

